

Digitalisierung? Grundeinkommen!

Die Attac-AG „genug für alle“ und manche anderen Gruppen in der Grundeinkommensbewegung waren lange Zeit der Meinung, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen zwar eine wichtige Forderung sei, aber eine, deren Verwirklichung nicht unmittelbar anständig sei. Wir hielten das eher für eine Forderung, die eine Richtung anzeigt, in die hin Politik und gesellschaftliche Debatte sich entwickeln sollten, waren aber überzeugt, dass die Verhältnisse noch nicht so weit seien, dass ein emanzipatorisch wirkendes BGE durchsetzbar sei. Das wäre, wenn diese Einschätzung zutrifft, eine bedauerliche Situation, aber gleichzeitig eine, die uns Zeit gäbe, an der Veränderung der Kräfteverhältnisse zu arbeiten.

Diese Ausgangslage hat sich damit verändert, dass in den letzten Jahren eine größere Zahl von Managern (es sind tatsächlich fast nur Männer) globaler Digitalkonzerne sich für die Einführung eines BGE ausgesprochen hat. Man könnte fast davon reden, dass das Grundeinkommen das Sozialsystem des globalen digitalen Kapitalismus werden solle. Das bringt eine neue tagespolitische Aktualität in die Debatte, auf die emanzipatorische BGE-Befürworter*innen reagieren müssen.

Wir haben deshalb gemeinsam mit Aktivist*innen aus dem Netzwerk Grundeinkommen, den BGE-AGen der Grünen und der Linken, der Piratenpartei und anderen im Mai 2017 in Frankfurt am Main eine Tagung unter dem Titel „Digitalisierung? Grundeinkommen!“ durchgeführt. Dabei ist klar, dass das Fragezeichen hinter „Digitalisierung“ diese als ein Problem, eine Aufgabe beschreibt und das Ausrufungszeichen hinter „Grundeinkommen“ dasselbe als die Antwort. Auf dieser Tagung entstand das „Frankfurter Manifest“, ein Text, in dem wir unseren Umgang mit der beschriebenen Situation darlegen. Zwei weitere Ergebnisse sind eine Veranstaltungsreihe in zahlreichen Städten und ein Buch, beide unter demselben Titel.

Im Manifest, das auch im Buch abgedruckt ist, beschreiben wir kurz die oben dargestellte Analyse und stellen angesichts diverser alarmistischer Aussagen zum Thema Digitalisierung ausdrücklich fest: „Wir verteidigen keineswegs die Arbeit der Menschen gegen die Maschinen. Kapitalistische Erwerbsarbeit ist nichts Erstrebenswertes, jeder Teil davon, den uns die Maschinen abnehmen, ist ein weiterer Schritt ins Reich der Freiheit.“ Wir sehen aber genau, dass die real stattfindenden Digitalisierungsprozesse und kapitalistischer Regie das Gegenteil bewirken. Timo Daum hatte das auf der Tagung ausführlich dargelegt und sein gemeinsam mit Lisa Spelge verfasster Text im Buch dokumentiert das.

Im Manifest heißt es dazu: „Die Digitalisierung befördert prekäre Formen von (Solo)Selbstständigkeit, Honorararbeit und Clickworking.“ Auch „ein bedingungsloses Grundeinkommen würde als bloße Geldzahlung die destruktiven Kräfte des kapitalistischen Marktes nicht mindern“. Damit emanzipatorische Potenziale beider wirksam werden können, gilt es, die gesamte „Produktivität einer Gesellschaft“ in den Blick zu nehmen, denn die „geht längst nicht in dem auf, was Menschen an Erwerbsarbeit leisten“. „Digitalisierung lässt sowohl erahnen, wie eine gemeinsame Wissensproduktion digitale Güter erstellen kann, als auch, wie eine digitalisierte Produktion und Vernetzung überhaupt anders stattfinden kann.“

Es wäre also zu klären, was denn überhaupt ein emanzipatorisches BGE wäre. Ronald Blaschke bringt es so auf den Punkt: „Emanzipatorisch ist das Grundeinkommen deswegen, weil es *allen* Menschen die Freiheit von fremder Herrschaft und Freiheit zu Selbstbestimmung und Fähigkeitsentwicklung zugesteht. Diese Universalität ist die höchste Form menschlicher Solidarität, weil sie jedem Menschen Freiheit. Sie ist die höchste Form der menschlichen Reziprozität, der menschlichen Gegenseitigkeit, weil sie eine wechselseitige Anerkennung eines jeden Menschen als mit gewährt Selbstbestimmungsfähigkeit und -rechten, mit Fähigkeitspotenzialen ausgestattetes menschliches Individuum zum Ausdruck bringt und diesbezüglich alle Menschen als gleich

anerkennt.“ Zu einem solchen BGE gehören universelle, inclusive Sozialsysteme, die neben einem Grundeinkommen Bürger*innenversicherungen für eine umfassende Gesundheits-, Pflege- und Altersversorgung umfassen müssen sowie eine umfangreiche öffentliche, gebührenfreie Infrastruktur.

Jörg Reiners zum Thema die Linke und das Utopische in der Politik und Margit Appel zum Thema Geschlechtergerechtigkeit gehen den emanzipatorischen Möglichkeiten noch detaillierter nach.

Digitalisierung, aber oft auch Grundeinkommen, wird im öffentlichen Diskurs im Wesentlichen mit dem Thema (Erwerbs-)Arbeit verbunden und auch wir hatten ja schon darüber gesprochen. Philipp Frey und Sebastian Seignani haben auf der Tagung ausführlich darüber berichtet, wie weit die digitale Durchdringung der Arbeitswelt denn tatsächlich fortgeschritten ist und mit welchen Entwicklungen kurzfristig real gerechnet werden kann. Auch dieser Beitrag ist im Buch dokumentiert und eine zentrale Aussage lautet: „Im „Prozess der Informatisierung werden Wissen/Erfahrungen zu Informationen reduziert, von ihrem Kontext abgelöst und dadurch zwischen den Menschen teilbar. Digitalisierung bedeutet im Vergleich zum umfassenderen Prozess der Informatisierung eine weitere Reduzierung, ein stärkeres Ablösen von Erfahrungen in Form von Daten. Menschliche Erfahrungen können so erstens schnell weitergegeben werden. Zweitens können sie auf informationeller Ebene modifiziert und mit anderen in Form von Daten und Informationen vorliegenden Wissensbeständen kombiniert und integriert werden, und zwar unter Umgehung einer erneuten aneignenden Rückbeziehung auf die sich (zwischenzeitlich) verändernde Erfahrungswelt.“

Diese fehlende Rückbeziehung auf das wirkliche Leben, die scheinbare Selbstläufigkeit digitaler Prozesse, ist es, die vielen Menschen Angst macht. Dazu schreibt Julia Schramm: „Wenn wir über Digitalisierung reden, dann klingt das oft ein wenig nach Naturkatastrophe. Die Digitalisierung wird alles wegwischen, Arbeit überflüssig machen, Roboter ersetzen alles, Sozialstaat geht verloren und so weiter und so fort. Wir kennen die (Horror-) Szenarien: Selbstfahrende Autos töten, künstliche Intelligenz vernichtet Arbeitsplätze, dunkle Fabriken und Crowdfunding beuten aus, Cyberwar ist am Horizont. Als wären diese Veränderungen und potenziellen Gefahren parahumane Erscheinungen, die nicht aus menschlichem Schaffen entstünden, sondern aus göttlicher Rache oder Vernunft, je nachdem, wer sich des Themas annimmt. Dabei ist auch die Digitalisierung kein Hexenwerk und birgt viele Chancen für eine gerechtere Gesellschaft.“ Wolfgang Strengmann-Kuhn, der ebenfalls auf der Tagung referiert hat, kommentiert: „Die Frage, ob die Chancen oder Risiken überwiegen, ist nicht dem Zufall überlassen, der Prozess der Digitalisierung kann von Menschen gestaltet werden, und zwar so, dass letztlich die Gefahren begrenzt, eingeschränkt und die Chancen genutzt werden. Das hängt maßgeblich von politischen Rahmenbedingungen ab.“

Auch die Fragen rund um das Thema Arbeit(sverhältnisse) werden in verschiedenen Texten vertieft. Sylvia Honsberg schildert den Diskussionsprozess bei den Frauen der IG Bauen, Agrar, Umwelt; Dagmar Paternoga stellt die digitale Durchdringung des Gesundheitswesens dar und Charly Hörster kommentiert kritisch die Rolle der Digitalisierung in der Bildung.

Aus all dem ergibt sich dringlich die Aufgabe der Transformation. Wie wird es möglich sein, aus einem Szenario, in dem „Digitalisierung mehr Arbeitshetze mit weniger sozialer Sicherheit verbindet“ (Manifest), zu einer Situation zu kommen, in der sich Digitalisierung und Grundeinkommen „gegenseitig befördern können“ (ebda.)? Tilman Santarius und Steffen Lange sind dieser Frage anhand der notwendigen sozial-ökologischen Transformation nachgegangen und ich selbst habe politisch-praktische Fragen möglicher Bündnisse erörtert.

Gefragt haben wir aber auch drei Politikerinnen. Eine von drei an alle gestellten gleichen Fragen lautete: „Wer entscheidet eigentlich, ob überhaupt und was da eingeführt wird, der „Markt“, die

„Politik“, „Expert*innen“? Gibt es bei den politisch Verantwortlichen überhaupt eine Vorstellung davon, dass hier Gestaltungsaufgaben anstehen?“

Katja Dörner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag: „Selbstverständlich gibt es eine Vorstellung von Gestaltungsaufgaben, gerade und besonders mit Blick auf Digitalisierung und die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen. Das würde ich auch für die Mehrheit der Politiker*innen behaupten. Leider haben die Bundesregierungen der letzten Jahre wichtige Zeit verschenkt und es gibt weiterhin keine vernünftige Koordination mit Blick auf die Digitalisierung. Insbesondere was die soziale Sicherung betrifft, kann ich keinen Veränderungswillen bei der Großen Koalition erkennen. Da sind die gesellschaftlichen Debatten um einiges weiter.“

Katja Kipping, Ko-Vorsitzende der Partei Die Linke: „Nimmt man die Versprechen der Demokratie ernst, dann sollten die Bürgerinnen und Bürger entscheiden. Die Praxis sieht oft anders aus. Diejenigen, die sich einflussreiche Lobbyisten leisten können, und große Plattformen mit faktisch monopolartiger Stellung haben deutlich mehr Einfluss. Wer nun mehr Demokratie, mehr wirklichen Einfluss der Bürgerinnen und Bürger möchte, muss auch bereit sein, die Macht der Lobbyisten und Konzerne radikal einzuschränken. Auch in der Politik wächst die Erkenntnis, dass die Gestaltung von Digitalisierungsprozessen und Sozialsystemen eine drängende Aufgabe ist.“

Simone Lange, Oberbürgermeisterin von Flensburg: „Sowohl „Digitalisierung“ als auch „bedingungsloses Grundeinkommen“ bedürfen klarer Konzepte mit klaren Aussagen, wessen Interessen zukünftig damit gestärkt werden sollen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen als leicht zu nutzende Abstellprämie von Arbeitnehmer*innen, damit Konzernvorstände ihre Gewinnmaximierung vorantreiben können, lehne ich ab. Ich wünsche mir ein Grundeinkommenskonzept, das Umverteilung realisiert und die Vermögensgüter unserer Gesellschaft gleichmäßiger verteilt. Deshalb ist es zwangsläufig notwendig, neben der Umgestaltung der Einkommensströme gleichzeitig auch für eine Umgestaltung der Vermögensverteilung zu sorgen. Oder kurz gesagt: Ein Grundeinkommen ersetzt nicht die politische Verpflichtung, durch entsprechende Steuerpolitik für Vermögensausgleich zu sorgen.“

Was bleibt Anhänger*innen eines bedingungslosen Grundeinkommens zu tun? Die Digitalisierung zu bekämpfen ist kein Weg. Ein umfassendes Grundeinkommen durchzusetzen erlauben die Kräfteverhältnisse bisher nicht. Allenfalls wären einzelne Schritte vorstellbar. Diese „müssten selbst emanzipatorisch sein“, wie es in meinem Text heißt. „In diesem Sinne könnte man über bedingungslose Renten oder Kindergrundeinkommen reden, über Sabbatjahre oder umfassende Infrastruktur. Und dafür könnte man auch kämpfen, gemeinsam mit allen Menschen, die sowas gut finden, egal was sie vom Grundeinkommen halten. Denn ein Grundeinkommen wird am Ende nur soviel wert sein wie die Kämpfe, die darum geführt worden sind. Und die Forderung danach ist gleichzeitig ein Angebot, diese Kämpfe gemeinsam zu führen.“